
N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen,
öffentliche Sicherheit und Umwelt am 11.06.2024**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:15 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt am 11. Juni 2024, 16.30 Uhr mit 5 stimmberechtigten Mitgliedern. Er stellt außerdem die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit sagt, dass Frau Stadträtin Grabner, Fraktion die Grünen, FDP Neues Forum – Bürgerliste nur eine halbe Stunde der Sitzung beiwohnen wird.

Herr Horváth schlägt deshalb vor, die Tagesordnung dahingehend zu ändern, dass die Tagesordnungspunkte 7.1. bis 7.5. vorgezogen, also gleich nach TOP 5. behandelt werden.

Herr Horváth stellt somit die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 5 – 0 – 0

3 Genehmigung der Niederschrift vom 19.03.2024

Änderungs- und / oder Ergänzungswünsche werden nicht vorgebracht.

Abstimmungsergebnis: 4 – 0 – 1

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit informiert, dass in der letzten Sitzung keine Beschlüsse im nicht öffentlichen Teil gefasst wurden.

5 Einwohnerfragestunde

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit sagt, dass ihm keine schriftlichen Fragen von Einwohnern vorliegen. Mündliche Anfragen gibt es ebenfalls nicht.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach TOP 7.5 behandelt.

Herr Kaßner, Fraktion Die Grünen, FDP Neues Forum – Bürgerliste moniert bzgl. der Wahlen die Umsetzung der Anordnung der Stadtverwaltung über die Einschränkungen beim Anbringen von Wahlplakaten. Er kann nicht nachvollziehen, dass für das Plakatieren an den Sieben Säulen Genehmigungen erteilt wurden. Er hat sich auch gewundert, dass der kommunale Ordnungsdienst nicht darauf geachtet hat, wo plakatiert wird. Denn sogar an Hydranten in Kühnau und an Straßenkreuzungen im Sichtbereich wurde plakatiert, so **Herr Kaßner**. Dies sei nicht nur ihm aufgefallen, sondern auch den anderen Parteien. Er ist der Meinung, dass den Anordnungen der Verwaltung Folge geleistet werden muss. Sein Vorschlag ist, dass man bei den Wahlen überhaupt nicht mehr plakatiert. **Herr Kaßner** sagt, dass hier viel Müll mit hohem Aufwand produziert wird. Er glaubt nicht, dass es eine signifikante Änderung der Wahlergebnisse aufgrund der Plakate gibt.

Des Weiteren informiert **Herr Kaßner** über Bürgeranfragen bzgl. der Kornhausstraße und dem Deichplatz. Er führt aus, dass dort neue Gebäude nebst Tiefgaragen gebaut wurden. Die Straße wurde allerdings nicht ertüchtigt, so **Herr Kaßner**. Er spricht das Problem mit dem Kopfsteinpflaster und den damit verbundenen Einschränkungen für die älteren Bewohner an. Weiterhin sagt er, dass die Autos die Banketten kaputtfahren, teilweise bis in den Deichfuß hinein. Er hat sich gewundert, dass dies bei der Deichschau nicht aufgefallen ist. **Herr Kaßner** bittet darum, dass sich das Tiefbau sich dies einmal anschaut. Vielleicht ist es möglich, so **Herr Kaßner**, einen gangbaren Gehweg für die älteren Mitbürger herzustellen.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün sagt dazu, dass die Anwohner sich bereits beschwert haben. Dann führt sie aus, dass es

keine Gehwege gibt, weil dort viele Bäume stehen. Deshalb wird es auch seit Jahren nicht weiter betrieben. Sie führt aus, dass viele Bürger nicht in der Tiefgarage parken, sondern auf der Straße in den Parkierungen. Ihr Vorschlag ist, Verbotsschilder anzubringen, denn auch wenn man das Bankett erneuern würde und die Fußgänger einen besseren Weg hätten, würden Autos dort entlangfahren. Man weiß von der Problematik, so **Frau Lohde**, aber dies ist nicht so einfach lösbar.

Herr Kaßner führt aus, dass der Deich sehr wichtig ist und nicht kaputtgefahren werden darf.

Dann spricht **Herr Kaßner** von der Eröffnung der Anhaltischen Gemäldegalerie. Er fragt, warum dies nicht beworben wurde, da dieses Event eine überregionale Bedeutung hat. Er moniert ebenfalls, dass die Stadträte keine Einladung erhalten haben. Seiner Meinung nach, ist die Stadtmarketinggesellschaft dafür verantwortlich, so **Herr Kaßner**.

Herr Horváth sagt, dass auf Seite 1 des Amtsblattes auf die Eröffnung der Gemäldegalerie hingewiesen wurde.

Frau Lohde ist auch der Meinung, dass Einladungen hätten versandt werden müssen. Sie wird den Hinweis weitergeben.

Herr Horváth sagt bzgl. der Plakatierung, dass es bestimmte Gründe gibt, weshalb nicht überall plakatiert werden darf. Dies ist z. B. im Innenstadtbereich der Fall, um den Verkehr nicht zu behindern. Des Weiteren führt er aus, dass die Anordnungen für jede Partei, Fraktion und für jeden, der sich zur Wahl stellt, gleichermaßen gelten. Weiterhin erläutert **Herr Horváth**, dass es eine sogenannte Bannmeile gibt. Im Hinblick auf die Kontrolle der Einhaltung der festgelegten Anzahl der Plakatierung geht man davon aus, dass sich alle an die Anordnungen der entsprechenden Behörde halten, so **Herr Horváth**. Sollten signifikante Verstöße vorgelegen haben, würde dem auch nachgegangen werden. Er sagt, dass er dies mit in die Verwaltung nehmen und prüfen wird.

Herr Kellner, Fraktion der CDU sagt zur Eröffnung der Gemäldegalerie, dass der Hinweis bereits im letzten Kulturausschuss gegeben wurde. Er führt aus, dass man hier Kosten sparen will. **Herr Kellner** ist der Meinung, dass man eine digitale Einladung hätte versenden können.

Dann spricht **Herr Kellner** das Thema Plakate an. Er hat nachgelesen, dass 125 Plakate pro Wahl zugelassen sind, 250 Standorte, d. h. pro Wahlkreis ca. 40 – 45 Masten, die man behängen darf. Er hat frühzeitig angezeigt, dass es ihm aufgefallen ist, dass manche Parteien zu viele Standorte beklebt hatten. Eine Antwort habe er darauf nicht erhalten. **Herr Kellner** ist der Meinung, dass mit zweierlei Maß gemessen wird.

Dann fragt **Herr Kellner** nach, ob es bzgl. der Brauerei neue Informationen gibt. Weiterhin interessiert ihn die 30er-Zone in Mildensee und Ziebigk. Er weiß, dass dies angeblich nicht möglich ist. Dann sagt er, dass es aber in Roßlau und in der Köthener Straße eine 30er-Zone gibt.

Bezüglich der Straßen mit Beschränkung auf 30 km/h sagt **Herr Horváth**, dass es gesetzliche Beschränkungen gibt. Er prüft die betreffenden Straßen nochmals. Im zukünftigen Ausschuss könnte man dies noch mal thematisieren, so **Herr Horváth**. Auf Bundesebene gibt es Gesetzesbestrebungen, um den Kommunen mehr Spielraum bei Anordnungen zu geben. Aber derzeit ist dies für bestimmte Bereiche nicht möglich, sagt **Herr Horváth**.

Herr Kellner sagt, dass er vom Ordnungsamt keine Antwort bzgl. des Bereiches in Ziebigk benötigt. Aber man sollte hier dranbleiben. **Herr Kellner** ist der Meinung, dass auch in der Ortslage Mildensee punktuell über die Einrichtung einer 30er-Zone nachgedacht werden sollte.

Herr Kellner bittet darum, dass man an der Kreuzung in Mildensee eine Vorwarnampel wie auf der B 100 installiert, damit man weiß, dass die Hauptampel gleich umspringen wird.

Herr Horváth sagt, dass es Möglichkeiten und auch Wünsche gibt, um eine erhöhte Sicherheit zu gewährleisten. Er meint, sich zu erinnern, dass der Oberbürgermeister im letzten Hauptausschuss einen Auftrag bekommen hat, sich mit den entsprechenden Landesbehörden in Verbindung zu setzen.

Herr Fessel, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau fragt, wann die Schaukel auf dem Spielplatz in Roßlau wieder angebaut wird. Des Weiteren berichtet er von Beschwerden über das hohe Gras in der Südstraße, nördliche Seite von der Wasserburg bis zur Mörickestraße. Es wird darum gebeten, dass dort gemäht wird.

Des Weiteren informiert **Herr Fessel** über Beschwerden von Bürgern, dass der Eingang zum Wahllokal in der Waldstraße zwar behindertengerecht, aber der Weg zum Wahllokal sehr uneben ist.

Frau Lohde antwortet in Bezug auf die Schaukel, dass diese sich in der Reparatur befindet. Und bezogen auf das hohe Gras bittet sie um Geduld, da die vielen Flächen nacheinander abgemäht werden müssen.

6.2 8. kommunale Bürgerumfrage – Sachstand: Umsetzung, Datenauswertung und Bericht zu ausgewählten Ergebnissen Vorlage: IV/007/2024/I-61

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach TOP 7.5 behandelt.

Zu diesem Tagesordnungspunkt führt **Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit** aus, dass die Stadt Dessau-Roßlau seit dem Jahr 1992 Bürgerumfragen durchführt. Für die Stadtverwaltung und für die Kommunalpolitik ist dies ein wichtiges Instrument, um Informationen zu sammeln. Die vorliegende Bürgerumfrage aus dem Jahr 2022 zeigt das Stimmungsbild der Bürger hinsichtlich der Zufriedenheit im Hinblick auf die Wohn- und Lebensqualität in der Stadt. Ergebnis ist, so **Herr Horváth**, dass es sich in Dessau-Roßlau gut lebt. Fragen hinsichtlich der Erhebung gibt es nicht.

7 Beschlussfassungen

7.1 Bebauungsplan Nr. 228 "Gewerbe- und Solarpark Lukoer Straße" – Durchführung der frühzeitigen Beteiligung Vorlage: BV/037/2024/I-61

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor TOP 6.1 behandelt.

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit fragt, ob zur Beschlussvorlage Fragen oder Einführungsbedarf bestehen. Dies ist nicht der Fall. Er stellt die Vorlage somit zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 5 – 0 – 0

7.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 70 "Solarpark Mosigkau" und Einleitung des Verfahrens zur 16. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau – Aufstellungsbeschluss Vorlage: BV/088/2024/I-61

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor TOP 6.1 behandelt.

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit fragt auch hier nach, ob zur Beschlussvorlage Fragen oder Einführungsbedarf bestehen. Da dies nicht der Fall ist, stellt **Herr Horváth** die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 5 – 0 – 0

7.3 Bebauungsplan Nr. 168 A1 "Biopharmapark Dessau" – Abwägungs- und Satzungsbeschluss Vorlage: BV/110/2024/I-61

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor TOP 6.1 behandelt.

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung, da keine Fragen von Seiten der Stadträte bestehen.

Abstimmungsergebnis: 5 – 0 – 0

7.4 **4. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau für die Ortschaft Rodleben im Bereich des Biopharmaparks – Abwägungs- und Feststellungsbeschluss**
Vorlage: BV/111/2024/I-61

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor TOP 6.1 behandelt.

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 5 – 0 – 0

7.5 **Ausrichtung der Bundesgartenschau 2035 - Durchführungsbeschluss**
Vorlage: BV/100/2024/III

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor TOP 6.1 behandelt.

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit bittet Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün in die Beschlussvorlage einzuführen.

Frau Lohde erläutert, dass die Idee aus und mit der Bürgerschaft entstanden ist. Derzeit befindet man sich in der Phase der Machbarkeitsstudie. Sobald alle Zustimmungen vorliegen, wird mit der Bundesgartenschaugesellschaft der Durchführungsvertrag abgeschlossen. Die Machbarkeitsstudie geht von 63 Mio. Euro aus. Davon sind 32 Mio. Euro über Einnahmen gedeckelt und der Rest ist aus dem Haushalt zu finanzieren. Zumindest nach jetzigem Sachstand der Fördersituation und der Zusagen der Landesregierung, so **Frau Lohde**. Dann sagt sie, dass die Abbildung im Haushalt mehrere Irritationen ergeben hat. Aus dem Stadtrat gab es einen Vorschlag, und zwar den Beschlusspunkt 3. betreffend. Damit würde die Rückstellungsbildung für 2024 und auch die Liste (Anlage 3) entfallen. Diese hatte für große Diskussionen gesorgt, so **Frau Lohde**.

Frau Lohde erklärt, dass ab dem Jahr 2025 Rücklagen in Höhe von 3 Mio. Euro im Ergebnishaushalt und 7,5 Mio. Euro für den Investitionshaushalt gebildet werden. Der Durchführungsvertrag wird dann im Ergebnishaushalt abgebildet, erläutert **Frau Lohde**. Also eine grundsätzliche Rücklage, aus der dann die liquiden Mittel bei Be-

darf an die noch zu gründende Bundesgartenschau-Gesellschaft abfließen würden. Insgesamt bis zu einer Rücklage von bis zu 100 Mio. Euro.

Des Weiteren informiert **Frau Lohde**, dass für die begonnenen Maßnahmen Fördermittel gezahlt werden. Jetzt sollen nur BUGA-basierte Kosten gemacht werden. Diese sind im Haushalt eingestellt. Auf welchen Flächen die Bundesgartenschau stattfindet, wird jetzt geklärt, so **Frau Lohde**. In Bezug auf den Durchführungsvertrag sagt sie, dass eine Mindestfläche von 40 ha entwickelt werden muss. In der Machbarkeitsstudie sind es 120 ha. Daraus ergibt sich, dass die Eigentümer, die angrenzend an diese Flächen vielleicht Gebäude oder Grundstücke haben, Planungssicherheit benötigen, um ihrerseits im Sinne der BUGA auch ihre Grundstücke auf Vordermann bringen zu können. Dann betont **Frau Lohde**, dass es Verlässlichkeit gegenüber den Bürgern braucht, die sich hier schon stark eingebracht haben und sich alle in der Warteposition befinden. **Frau Lohde** sagt, dass der Durchführungsvertrag der erste Schritt ist. Danach erfolgt die Gründung einer eigenen Bundesgartenschau-Gesellschaft. Der Prozess dauert bis zum Jahr 2035. Der Vorlauf von 11 Jahren wird benötigt, so **Frau Lohde**. Sie betont, dass es ebenfalls der Arbeitsauftrag des Stadtrates war, die BUGA in Dessau stattfinden zu lassen.

Frau Lohde führt weiter aus, dass es auch sicherlich noch Diskussionen geben wird bzgl. der Haushaltsbelastung. Das Haushaltskonsolidierungskonzept wird aufgestellt mit dem Haushalt 2025. Innerhalb des Vertrages gibt es auch Ausstiegsklauseln, betont **Frau Lohde**. Sollte es nicht gelingen, die BUGA in Dessau zu halten, wird sich sicher eine Stadt finden, die es übernimmt. Und damit würden auch keine Kosten weiter entstehen, so **Frau Lohde**.

Herr Kellner, Fraktion der CDU sagt, dass er dem Projekt positiv gegenüberstehe. Er ist allerdings der Meinung, dass die Bürger hier mehr mit einbezogen werden sollten. Hinsichtlich Punkt 3. der Beschlussvorlage fragt **Herr Kellner**, ob dieser geändert wurde.

Dies bejaht **Frau Lohde** und führt aus, dass eine Ergänzung eingefügt wurde, nämlich: „Auf die Rücklage 2024 wird verzichtet.“ Hinsichtlich des Punktes 4. der Beschlussvorlage informiert **Frau Lohde**, dass dieser seitens des Einreichers gestrichen wird.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau sagt, dass die Finanzierung mit 32 Mio. Euro Einnahmen gedeckelt wird. Er fragt, ob dies hypothetisch ist.

Frau Lohde erläutert, dass dahinter ein komplexes Berechnungsverfahren steht, das auf den Erfahrungen der Bundesgartenschau-Gesellschaft beruht. Es wurde sehr konservativ gerechnet. Sie erläutert, dass von ca. 1,4 Mio. Besuchern ausgegangen wird. Der Durchführungsbetrag beinhaltet das Ticketing, die eventuelle Aufstellung von Zäunen sowie die gesamte Gartengestaltung. Bei der BUGA handelt es sich um eine Leistungsschau, so **Frau Lohde**. Sie führt weiter aus, dass 150 Veranstaltungen

geplant sind und davon ausgegangen wird, dass ca. 80 % der Mittel bei der Stadt bleiben.

Herr Horváth stellt nunmehr die Beschlussvorlage geändert zur Abstimmung. Es wird folgender Satz unter Punkt 4. gestrichen: „*Die in Anlage 3 aufgezeigte Umverteilung bis 2028 zur Sicherung des zusätzlichen Personalbedarfes und der jährlichen Zuführung zur Rückstellung zur Sicherung des Durchführungshaushaltes werden bestätigt.*“

Die Beschlussvorlage wird in der geänderten Fassung zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 4 – 0 – 1

Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP Neues Forum – Bürgerliste verlässt die Sitzung 16.50 Uhr.

Herr Horváth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt Nichtöffentlichkeit her.

10 Schließung der Sitzung

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit schließt die Sitzung 17.15 Uhr.

Dessau-Roßlau, 14.08.24

Stefan Horváth
Vorsitzender Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche
Sicherheit und Umwelt

Katrin Koischwitz
Schriftführerin